

Wackelt der Kohleausstieg 2030?

4. NOVEMBER 2023 UM 11:30 UHR | Lesedauer: 11 Minuten



Das RWE-Kraftwerk Niederaußem bei Bergheim. Die Skepsis wächst, ob die Zielmarke 2030 für das Ende der Braunkohle im Rheinischen Revier zu halten ist. Foto: Oliver Berg

AACHEN/KÖLN. 2030 soll Schluss sein mit der Kohle – eigentlich. Das ist zumindest fest verabredet. Eine Studie nährt allerdings Zweifel, dass die Zielmarke zu halten ist und hat zu einem außergewöhnlichen Streit innerhalb der rheinischen IHKs geführt.

Jetzt diesen Artikel anhören

00:00 / 16:41 1X BotTalk



VON [GEORG MÜLLER-SIECZKAREK](#)

Autor

INHALT DES ARTIKELS

[Wer steht hinter der Studie und was wurde untersucht?](#)

[Welche Rolle spielt der Faktor Wetter?](#)

[Was bedeutet „steuerbare Leistung“ und warum ist sie wichtig?](#)

[Wie entwickelt sich der Strombedarf?](#)

[Was ist nötig, um die prognostizierte Versorgungslücke bis dahin zu schließen?](#)

[Sind die Ausbaupläne realistisch?](#)

[Ist der Betrieb zusätzlicher Gaskraftwerke wirtschaftlich?](#)

[Bedeutung Versorgungslücken automatisch großflächige Stromausfälle?](#)

[Und was ist mit den Stromnetzen?](#)

[Wie wichtig ist das Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren?](#)

[Wie geht es weiter?](#)

[Warum gibt es nun genau Streit?](#)

[Wie reagierten die anderen Kammern im Rheinland?](#)

[Was kritisiert die IHK Köln im Detail?](#)

[Gibt es Abwanderungstendenzen auch in unserer Region?](#)

[Und was sieht die IHK Aachen nun anders als Köln?](#)

[Woran hakt es vor allem?](#)

[Geht es auch anders?](#)

[Was sind die Erwartungen an die Politik?](#)

Die Zeit wird knapp: Noch etwas mehr als sechs Jahre, dann soll die [Braunkohle](#) im Rheinischen Revier Geschichte sein. So will es der Kompromiss, mit dem Bund, Land und der Kraftwerksbetreiber RWE den Kohleausstieg im Oktober 2022 auf das Datum 2030 vorgezogen hatten – acht Jahre früher als ursprünglich geplant. Eine im Frühjahr erstellte und jetzt veröffentlichte Studie kommt zum Ergebnis, dass eine sichere und bezahlbare Energieversorgung dann zumindest fraglich ist.

Die IHK Köln stellt den Ausstiegsfahrplan infrage und liegt darüber im Clinch mit ihren Nachbarkammern. Auch der FDP-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Christian Lindner hat sich nun eindeutig positioniert: „Solange nicht klar ist, dass Energie verfügbar und bezahlbar ist, sollten wir die Träume von einem Ausstieg aus dem Kohlestrom 2030 beenden.“ Fragen und Antworten.

Wer steht hinter der Studie und was wurde untersucht?

Unter dem Titel „Versorgungssicherheit für NRW in 2030“ hatte das Energiewirtschaftliche Institut (EWI) der Uni Köln im Auftrag der Industrie- und Handelskammern in NRW anhand von neun unterschiedlichen Szenarien berechnet, wie groß – zum einen – der Bedarf an Erneuerbaren und Gaskraftwerken ist und wie es um die Versorgungssicherheit bestellt ist. Dabei reicht die Bandbreite beim Gasausbau von drei Gigawatt (GW), die von RWE bereits zugesagt sind, bis zu einer Größenordnung von 25 GW.

LESEN SIE AUCH



Streit um Kohleausstieg 2030

Hauskrach unter den rheinischen IHK eskaliert

Der Streit unter den rheinischen Industrie- und Handelskammern wird immer schärfer. Weil der Landesverband der Kölner IHK-Chefin Nicole Grünewald ein Ultimatum stellte, will die größte Kammer in NRW nun gleich ganz aus dem Verband austreten. Ein einmaliger Vorgang.



Tagebaunachfolge

Umweltverbände fordern ein Drittel der Fläche im Revier für den Naturschutz

Gewerbe- und Siedlungsentwicklung, Freizeit und Tourismus, Land- und Forstwirtschaft: In der Diskussion um den Strukturwandel fordert die NRW-Umweltverbände jetzt in einem Biotopverbundkonzept auch mehr Schutz für die Natur.





Beim Ausbau der Erneuerbaren geht die Studie von drei unterschiedlichen Annahmen aus, was in Summe zu neun denkbaren Szenarien führt. Zum anderen beschäftigen sich die Autoren mit dem Ausbau der Netze. Für ihre Modelle berücksichtigten die Kölner Forscher die Wettersituationen von 35 Wetterjahren.



”

ZITAT

„Lohnt sich eine solche Investition, wenn das Kraftwerk im Schnitt vielleicht drei Stunden am Tag läuft? Keiner weiß es.“

MICHAEL F. BAYER

Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen, über neue Gaskraftwerke als Energiereserve

Welche Rolle spielt der Faktor Wetter?

Eine ungünstige Witterung wie etwa im Jahr 1997 kann dann eine sichere Energieversorgung gefährden, wenn ein immer größerer Anteil des Stroms aus Erneuerbaren stammt. Geringe Windgeschwindigkeiten und wenig Sonneneinstrahlung („kalte Dunkelflaute“) führten damals übers Jahr zu einer hohen „Residuallast“. Damit ist der Anteil an der Stromproduktion gemeint, der nicht durch Wind und Sonne gedeckt werden kann – also aus anderen Quellen, beispielsweise Gaskraftwerken, kommen muss.

REVIERVERTRAG 2.0

280 Millionen Tonnen Kohle sollen im Boden bleiben

Durch den auf 2030 vorgezogenen Kohleausstieg wird nur noch die Hälfte des ursprünglichen Abbaufeldes im Tagebau Garzweiler II in Anspruch genommen. Dadurch bleiben mindestens 280 Millionen Tonnen Kohle im Boden. Das entspricht einer Einsparung von rund 280 Millionen Tonnen CO₂. Der im Mai 2022 besiegelte Reviervertrag 2.0 löst den 2021 geschlossenen Vorgängervertrag ab. Darin war noch 2038 als Ausstiegsdatum festgeschrieben. (gms)

Was bedeutet „steuerbare Leistung“ und warum ist sie wichtig?

Darunter versteht man vereinfacht alle Energiequellen, die nicht witterungsabhängig sind, also je nach Bedarf zugeschaltet werden können. Und dieser Anteil geht in den kommenden Jahren stark zurück. Noch 2019 stammten 87 Gigawatt der deutschen Stromproduktion aus Atomkraft, Braunkohle, Gas, Biomasse, Geothermie und Pumpwasserkraftwerken. 2030 werden aus Öl, Gas, Steinkohle, Wasser und in Batterien gespeichertem Strom nur mehr 33 GW zur Verfügung stehen – ein Rückgang um 61 Prozent.

Wie entwickelt sich der Strombedarf?

In jedem Fall nach oben. Mehr Elektroautos, die Installation von Wärmepumpen oder der Aufbau einer Wasserstoffproduktion im großen Stil werden den Nettostrombedarf in Deutschland von 505

Terawattstunden (TWh) im Jahr 2021 bis 2030 auf knapp 670 TWh anwachsen lassen. Der Begriff Nettostromverbrauch bezeichnet dabei die vom Verbraucher genutzte Strommenge, nach Abzug des Eigenbedarfs der Kraftwerke und der Verluste beim Transport durch die Netze.

Was ist nötig, um die prognostizierte Versorgungslücke bis dahin zu schließen?

Dazu bräuchte es – bei einem vollständigen Ausstieg aus der Kohleverstromung – bis zu acht neue, wasserstofffähige Gaskraftwerke (Gas- und Dampf-Kraftwerke/GuD) in NRW mit einer Leistung von bis zu 7,6 Gigawatt, heißt es in der Studie. Zudem eine Steigerung der Photovoltaik (PV) von derzeit 7,5 auf knapp 30 GW und beim Windstrom (an Land) von 6,8 auf 9 GW. Das entspricht PV-Anlagen in einer Größenordnung von 15.000 Fußballfeldern und 1500 Windrädern, schreiben die Autoren. Werden lediglich drei Gigawatt gesicherte Kraftwerksleistung zugebaut, „entstehen dauerhaft hohe Versorgungslücken.“ Nur wenn 25 GW zusätzlich aus Gaskraftwerken kommen, sei man 2030 auch für die ungünstigsten Witterungsverhältnisse (kalt, dunkel, windarm) gerüstet.



”

ZITAT

„Wir haben uns schon sehr gewundert, dass das auf einmal um acht Jahre vorgezogen wurde.“

NICOLE GRÜNEWALD

Präsidentin der IHK Köln, über das Ausstiegsdatum 2030

Sind die Ausbaupläne realistisch?

Aus heutiger Sicht eher nicht. Denn aktuell vergehen zwischen Planung und Bau von GuD-Kraftwerken vier bis sieben Jahre, bei Windrädern dauert es bislang etwa sieben Jahre, bis sich die Rotorblätter erstmals drehen. „Sofortiges Handeln“, mahnen denn auch die rheinischen Kammern an. Immerhin: Es bewegt sich politisch etwas. Die Bundesregierung will bei der Windenergie durch schnellere Genehmigungsverfahren und weniger Prüfungen ein Jahr Zeit einsparen. Entsprechende Gesetzesänderungen sind auf dem Weg. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) spricht von einem „Windausbau-Beschleuniger, wie wir ihn noch nicht hatten.“

Ist der Betrieb zusätzlicher Gaskraftwerke wirtschaftlich?

Dazu macht die Studie keine Angaben. Untersucht wurde ausschließlich die Versorgung mit Energie – nicht, ob und unter welchen Voraussetzungen sich neue Kraftwerke rechnen. Für Michael F. Bayer ist das aber ein wichtiger Punkt. Denn ob sich Millioneninvestitionen in Kraftwerke, die ja im Wesentlichen nur ein Backup sein sollen und nur kurzzeitig gebraucht werden, überhaupt lohne, das sei „völlig offen“, sagt der Aachener IHK-Hauptgeschäftsführer im Gespräch mit unserer Zeitung. „Lohnt sich eine solche Investition, wenn das Kraftwerk im Schnitt vielleicht drei Stunden am Tag läuft? Keiner weiß es.“

Von RWE zugesagt und in Planung sind Gaskraftwerke mit einer Leistung von insgesamt drei Gigawatt, unter anderem am Standort Eschweiler-Weisweiler (800 Megawatt). „Aber was ist mit den weiteren drei Gigawatt, die wir zwingend brauchen?“, fragt Bayer. Dafür gebe es noch nicht einmal ein Betreiberkonzept.

Bedeutet Versorgungslücken automatisch großflächige Stromausfälle?

Nein. Engpässe führen nicht zwingend zum Blackout, also einem unkontrollierten Zusammenbruch der Stromversorgung, da die Netze im äußersten Fall durch kontrollierte Abschaltungen (Lastabwürfe) stabil gehalten werden können. Aber auch in einem solchen Szenario gehen die Lichter aus, allerdings regional begrenzt und für kurze Zeit.

LESEN SIE AUCH



Erkelenzer Dörfer

Die Anwohner kritisieren zu langsame Fortschritte am Tagebau Garzweiler

Die Stadt Erkelenz hat ein Positionspapier für das Tagebauumfeld entwickelt. Das ist vielen Bürgern offensichtlich zu unkonkret. Überhaupt dauert der Prozess den Menschen zu lange.



➤ Energieversorgung

Wüst sieht Braunkohle-Plan kritisch

Ministerpräsident spricht von „Ampel-Chaos“. Habeck entscheidet über RWE-Blöcke.

Und was ist mit den Stromnetzen?

Der Ausbau der Stromtrassen ist für den Transport großer Mengen Windstrom aus Norddeutschland nach Süden und somit für den Erfolg der Energiewende entscheidend. Der Ausbau verlief in der Vergangenheit zwar zäh: Von den insgesamt gut 14.000 Kilometern sind erst knapp 2500 Kilometer fertig. Das Gutachten gibt mit Blick auf das Jahr 2030 jedoch Entwarnung: Wenn der Netzausbau wie geplant erfolge, „entstehen deutschlandweit keine Versorgungslücken.“ Bei Verzögerungen allerdings sei mit Engpässen in Bayern und Baden-Württemberg, aber auch in NRW zu rechnen.

Wie wichtig ist das Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren?

Bei der Windenergie fehlen in NRW bis zur Zielmarke 2030 noch 58 Prozent Zubau, bei der Solarenergie sogar 80 Prozent der geplanten Leistung. Für eine sichere Versorgung ist das eher weniger relevant, so die Studie. Ein schneller Ausbau dämpfe jedoch die Preise – und senke natürlich die CO₂-Emissionen.



ZITAT

„Wir müssen Verwaltungen ermutigen, schneller zu entscheiden.“

RAPHAEL JONAS

Geschäftsführer und Energieexperte der IHK Aachen

Wie geht es weiter?

Vereinbart ist ein Monitoring. In regelmäßigen Abständen werden die EWI-Wissenschaftler in den nächsten Jahren schauen, wie der Ausbau von regenerativen Energiequellen und (wasserstofffähigen) Gaskraftwerken sowie der Netze vorankommt.

Warum gibt es nun genau Streit?

Weil man sich nicht einig ist, welche Schlüsse man aus der Studie ziehen soll. Die Kölner IHK-Chefin Nicole Grünewald verweigerte im Mai als einzige der sieben rheinischen Kammerpräsidenten ihre Unterschrift unter den Reviervortrag 2.0. Darin tragen Kommunen, Kreise und Industrieverbände den vorgezogenen Kohleausstieg 2030 „ausdrücklich“ mit. Die Kölner Kammer, die rund 150.000 Unternehmen vertritt, tut das allerdings ausdrücklich nicht. Grünewald kündigte sogar an, aus der IHK-Initiative Rheinland auszutreten.

Wie reagierten die anderen Kammern im Rheinland?

Nachhaltig verärgert. In einem von den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der Kammern in Aachen, Bonn, Wuppertal, Düsseldorf, Duisburg und Krefeld unterzeichneten und an den Präsidenten von IHK-NRW, Ralf Stoffels, adressierten Brief war die Rede von einem „auf öffentliche Wirkung und weniger auf kooperative Solidarität ausgerichteten Verhalten“ der Kölner Kollegen die Rede. N

ach einem Bericht des „Kölner Stadt-Anzeiger“ kam es Ende Oktober in einer Sitzung zu einem

heftigen Schlagabtausch zwischen Grünewald und ihren Kollegen aus den Nachbarkammern, die der Kölner IHK-Chefin ein Ultimatum stellten. Grünewald sei aufgefordert worden, bis Montag (30. Oktober) ihr Amt als Vizepräsidentin des Landesverbandes abzugeben. Ohne Erfolg: Grünewald und Hauptgeschäftsführer Uwe Vetterlein kündigten stattdessen an, den Landesverband gleich ganz zu verlassen. Über das weitere Vorgehen will die Kölner Kammer in einer Vollversammlung am 13. November entscheiden.

Was kritisiert die IHK Köln im Detail?

Man stehe zwar im Grundsatz hinter dem Strukturwandel, hatte Grünewald betont. Gerade in diesem Zusammenhang seien allerdings „Realismus und Glaubwürdigkeit ein besonders hohes Gut.“ Bislang habe niemand plausibel darlegen können, wie die Schaffung neuer Jobs als Ersatz für die wegfallenden Arbeitsplätze in den Tagebauen und bei den Zulieferern sowie der Zubau von genug und bezahlbaren Erneuerbaren Energien in der verbleibenden Zeit möglich sein sollen. Schon der Kohlekompromiss bis 2038 sei ambitioniert gewesen. „Wir haben uns sehr darüber gewundert, dass das auf einmal um acht Jahre vorgezogen wurde“, erklärte Grünewald.

Mitgliedsunternehmen seien in Sorge und stellten offen den Standort NRW in Frage. Mit dieser Befürchtung stehen die Kölner nicht alleine da. Auch die übrigen rheinischen IHKs und IHK NRW sehen in einer unsicheren Energieversorgung – neben weiter steigenden Kosten für Strom, Öl und Gas – das größte Risiko für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Gut jedes dritte Unternehmen denke bereits darüber nach, in den USA zu investieren.

LESEN SIE AUCH



➤ Stromversorgung

Kohleblöcke könnten länger laufen

Auch im Winter 2024/25 ist die Stromversorgung nicht sicher. Daher erwägt der Bund, zwei RWE-Braunkohle-Kraftwerke länger laufen zu lassen. Greenpeace warnt davor. Henkel und Evonik halten an Umrüstung auf Gas fest.



➤ Geothermie-Projekt in Weisweiler

Hoffnung auf heißes Wasser in 1300 Metern unter dem Kraftwerk

In diesen Tagen laufen die ersten Bohrungen zur Erkundung des Untergrundes am Kraftwerk in Weisweiler. Es könnte der Beginn eines weit über die Region hinaus zukunftsweisenden Projektes sein, hoffen die Initiatoren.

Gibt es Abwanderungstendenzen auch in unserer Region?

Ja, sagt IHK-Chef Bayer. Die Wirtschaft im Kammerbezirk sei stark auf den Export orientiert. „Von rund 600 Industriebetrieben denken etwa 60 darüber nach, verstärkt im Ausland zu investieren.“ Was durchaus realistisch sei, weil viele Unternehmen bereits Standorte außerhalb Deutschlands unterhalten.

Und was sieht die IHK Aachen nun anders als Köln?

Bayer betont, in der Analyse gebe es keinen Dissens, es gebe nur „unterschiedliche Einschätzungen.“ Auch er hegt starke Zweifel, dass die Mammutaufgabe im angepeilten Zeitraum zu stemmen ist. „Noch gut sechs Jahre bis 2030: das ist ein Fingerschnippen.“ Nur die Schlussfolgerung sei halt eine andere. Und er zieht einen Vergleich zum Fußball: „Ruft man von der Tribüne aufs Spielfeld – oder geht man auf den Platz und kümmert sich ums Toreschießen?“ Mit anderen Worten: Die Kammern in Aachen und Krefeld wollen den Strukturwandel mit den dazu notwendigen Akteuren aktiv mitgestalten.

Woran hakt es vor allem?

Eine der größten Bremsen für die Energiewende sind, auch darin besteht Einigkeit, schleppende Genehmigungsprozesse. „Selbst wenn man die Zeit für Planung und Bau eines Windrades auf drei Jahre halbiert, wird es nicht reichen“, sagt Bayer. Raphael Jonas, IHK-Geschäftsführer und zugleich Sprecher für Energie und Klimaschutz aller Kammern in NRW, ergänzt: „Ein Gaskraftwerk innerhalb

von sieben Jahren zu bauen ist kein Hexenwerk.“ Aber man werde von Genehmigungsprozessen „komplett behindert“, auch, weil manche Behörde mit der Komplexität schlichtweg überlastet sei.

Geht es auch anders?

Ja, das zeigt das Beispiel der Flüssiggasterminals, die nach dem russischen Gaslieferstopp in Rekordzeit an der Küste errichtet wurden. Davon kann man lernen, glaubt man bei der Aachener IHK und hat daher die Kanzlei, die den Bau der LNG-Terminals juristisch begleitet hat, mit den Kölner und Krefelder Kollegen beauftragt, eine Art Drehbuch für schnelle(re) Genehmigungsprozesse im Rheinischen Revier zu schreiben. Am Ende könnte eine Art Blaupause stehen, etwa für die Genehmigung von Elektrolyseuren zur Herstellung von Wasserstoff: Wenn alle Fragen am Standort A geklärt wurden, könnte nach demselben Muster eine ähnliche Anlage am Standort B genehmigt werden, ohne zeitraubende neue Prüfung. Es geht darum, Verwaltungen zu ermutigen, schneller zu entscheiden, sagt Raphael Jonas.

Was sind die Erwartungen an die Politik?

Der Aachener IHK-Chef drängt aber auf mehr Tempo der Politik, im Bund wie im Land. „Da muss jetzt viel mehr Drive hinein“, sagt Michael Bayer und fordert Vorfahrt für den Ausbau der Infrastruktur. Konkret fordert Bayer vom Land, die geplante Wasserstoffpipeline von Rotterdam zum Chemiepark Chemelot bei Geleen bis nach Eschweiler zu verlängern, gerne mit Mitteln für den Strukturwandel. An den Niederländern liege es jedenfalls nicht. „Das wäre ein Zeichen und großer Wurf für den Strukturwandel“, sagt Bayer.